

Verantwortl. Redakteur: H. D. Richter in Stettin.
 Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 8-10.
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
 Vierteljährlich: durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Abgehen: die Zeitungs- oder deren Namen im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Mittagsblatt 30 Pf.

E. L. Berlin, 13. Juli.

Deutscher Reichstag.

5. Sitzung vom 13. Juli.
 Präsident v. Lepow eröffnet die Sitzung
 um 12 Uhr.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die
 Interpellation des Abg. Dr. J. J. J. (natl.):
 „Der Reichstag erlaubt sich an den
 Herrn Reichskanzler die Anfrage zu richten, ob
 nicht angesichts des beunruhigenden Zustandes
 in Betreff von Futter- und Streumitteln, wel-
 cher in verschiedenen Theilen von Deutschland
 herrscht, von der geplanten Abhaltung von Man-
 duren in diesen Landestheilen für das gegen-
 wärtige Jahr abgesehen werden kann.“

Nach kurzer Begründung durch den Unter-
 pellanten J. J. J., welcher aus der Abhaltung
 von Manduren in den betreffenden Landestheilen
 noch eine Verschärfung des Nothstandes befürchtet,
 erklärt

Kriegsminister v. Kattenborn: In letz-
 ter Stelle sei es das verfassungsmäßige Recht des
 Kaisers, über die Abhaltung von Manduren zu
 beschließen. Die Heeresverwaltung habe sich bereits
 mit Ernst mit der vorliegenden Frage beschäftigt und
 auch bereits Maßregeln getroffen, welche selbststän-
 dige Versorgung mit Futter und Heu, was
 speziell die Mandurenfrage betreffe, so hätten auf
 Betragen die Zivilbehörden sämtlich geantwortet,
 zu der Maßregel der Nichtabhaltung von Man-
 duren — einer Maßregel, die im Uebrigen dem
 Interesse der Armee direkt zuwiderläufe — sei die
 Zeit noch nicht gekommen. (Hört! Hört!)
 Es genügt einwachen andere Maßnahmen.
 Neuer giebt als solche wiederum im Wesentlichen
 Maßnahmen behufs selbstständiger Versorgung der
 Armee bei den Manduren mit Lebensmitteln und
 Futtermitteln, an, sowie außerdem die Mitführung von
 Viehwagen. (Heiterkeit.) Auch seien die Noth-
 standverhältnisse nicht derart, daß sie sich nicht
 noch bis zu den Manduren ändern könnten.

Auf Antrag Bachem tritt das Haus in eine
 Debatte über die Interpellation ein. Der Beschluß
 wird unter lebhafter Zustimmung aller Parteien
 gefaßt.

Abg. Brockmann (Zentr.), auf der Tri-
 büne sehr schwer verständlich, bedauert lebhaft das
 ablehnende Verhalten der Militärverwaltung.

Abg. v. Frege (konf.) ist dem Abg. J. J. J.
 für seine Interpellation sehr dankbar. Er begriffe
 dieselbe als Anfang einer neuen Ära des Entren-
 nens der Nationalen von der Landwirtschaft.
 Bekannte seien in der Steuerlast eine Überlast mit
 trage sie gerne. Aber gegenwärtig bestünden
 finanzielle Verhältnisse. Sollten dieselben an-
 dauern, so würden zweifellos die von dem Kriegs-
 minister mitgetheilten Maßregeln nicht genügen.
 Er werde deshalb die heutige Debatte zur
 Interpellation noch nicht als eine endgültige an-
 sehen. Man möge die Manduren auf diejenigen Gegenden
 beschränken, wo der Nothstand nicht so groß sei.
 Namentlich sei dies nöthig bei der Kavallerie-
 Manduren.

Generallieutenant von Junkt bemerkt, die
 vom Vorredner gewünschten Verbesserungen hätten
 schon stattgefunden, so seien die Divisionen
 von den Eisenbahnen, Pilsen, Pilsen, dann nach
 der andern Seite der Wölfe verlegt. Ueberhaupt
 fänden seitens der Militärverwaltung im Verein
 mit den Zivilbehörden die sorgsamsten Erwägun-
 gen statt.

Abg. Berger (Zentr.) tritt entschieden im
 Interesse der Landwirtschaft für den Verzicht
 auf Manduren in den Nothstand-Gegenden ein.
 (Beifall.)

Abg. Kröber (Volksp.) tritt dem durch-
 aus bei und bestätigt das, was der Vorredner
 über den Nothstand in Unterfranken geäußert, als
 auch für Mittelfranken zutreffend.

Abg. Köhler (Antisemit) berichtet gleich-
 falls, daß die Bauern in den betreffenden Ge-
 genden die Manduren jetzt nicht tragen könnten.
 Väterlicher General-Lieutenant Kriegsminister
 von Alsch erwidert dem Abg. Berger, bezüglich
 Unterfrankens sei die bayerische Heeresverwaltung
 mit den Zivilbehörden in Verbindung getreten.
 Derzufolge werde den Verhältnissen Rechnung ge-
 tragen werden.

Abg. Dr. Schönau (Soz.) führt aus,
 die von dem preussischen Kriegsminister Vorredner
 Maßregeln seien völlig unzureichend. Auch das
 Nachfahren von Wasserwegen. Das in ihnen
 enthaltene Wasser zu trinken, würde der Militär-
 selbst sich wohl sehr bedenken. Einziges Mittel
 sei Einstellung der Manduren. Eine „Ermäßigung“
 seien diese nicht, für die Landwirthe überhaupt,
 sondern höchstens für diejenigen Kreise, welche aus
 unserer ganzen Gegend alle Vorteile ziehen,
 Liebesgabe, Hölle u. Militarismus und Hölle
 sollte man aufheben, das sei das Richtige!

Abg. J. J. J. glaubt herausgehört zu haben,
 daß die bayerische Heeresverwaltung noch etwas
 milder gestimmt sei, als die preussische, indem sie
 mehr als letztere auf die Zivilbehörden höre.
 Die preussische Heeresverwaltung überlasse gar zu sehr
 die Vernichtung der neuen Ansaat durch die Ma-
 duren.

Preussischer Kriegsminister v. Kattenborn
 erwidert, er habe ja schon vorher ausdrücklich er-
 klärt, daß die Berichte der preussischen General-
 kommandos ausdrücklich im Einvernehmen mit
 den Zivilbehörden erstattet worden seien. Was
 etwa in Zukunft zu geschehen hätte, wenn der
 Nothstand sich noch vermehren sollte, das werde
 ja noch überlegt werden.

Abg. J. J. J. (Schäfer) verweist auf den Noth-
 stand auch in Elsaß-Lothringen.

Abg. J. J. J. (natl.) ist ebenfalls dafür, daß
 von Manduren abgesehen werde.

An der weiteren Debatte betheiligen sich noch
 die Abg. N. N. N. (Zentr.), J. J. J. (Soz.),
 Schmitt (Volksp.), welchem letzteren der
 Württembergische Kriegsminister Schott
 von Schottstein erwidert: die dortige
 Heeresverwaltung habe einen Antrag auf Nicht-
 abhaltung der Kaiser-Manduren in Württemberg
 nicht gestellt, weil die Erhebungen noch nicht ab-
 geschlossen seien. Nöthigenfalls aber werde, wenn
 auch mit Schmerz, ein solcher Antrag gestellt
 werden.

Weiter äußert sich noch der Abg. Graf
 Limburg-Stirum (konf.) gegen eine Be-
 hauptung J. J. J., daß die Großgrundbesitzer von
 den Manduren allerdings keine Last hätten, womit
 die Debatte beendet ist.

Die Interpellation Debel, betreffend den
 Polizeipräsidenten Richter in Straßburg, wird,
 auf Wunsch des Staatssekretärs v. Böttcher,
 von der Tagesordnung abgesetzt und wird erst
 morgen zur Erörterung gelangen.

Dem schleunigen Antrage des Abg. Auer
 (Soz.) gemäß wird die Einstellung mehrerer
 Strafverfahren, die gegen den Abg. Herbert
 (Soz.) bei dem Amtsgericht resp. beim Land-
 gericht Stettin schweben, beschlossen.

Es folgt die zweite Beratung der Vorlage
 des Abg. v. Bismarck, gegen die Vorlage alle
 übrigen Fraktionen. Der Abg. A. H. W. ist
 nicht anwesend.

Der § 1 wird mit 198 gegen 187 Stimmen
 angenommen. Es stimmen für den § 1 Konser-
 vative, Reichspartei, Nationalliberale, freisinnige
 Vereinigung, Reformpartei und Polen (auch der
 Abg. Graf Bismarck), gegen die Vorlage alle
 übrigen Fraktionen. Der Abg. A. H. W. ist
 nicht anwesend.

Der § 2 wird hierauf ohne Debatte ange-
 nommen.
 Es folgt die Debatte über die Einleitung des
 Artikels 2, welcher die Dienstpflicht für die näch-
 sten 5 Jahre regelt.
 Hierzu liegt vor der Antrag des Abg. Prinz
 zu Schönaich-Carolath-Röfke, welcher diese Re-
 gelung (zweijährige Dienstzeit) auch für die
 spätere Zeit so lange gelten lassen will, als die
 Friedenspräsenz nicht unter die im Artikel 1 fest-
 gesetzte Ziffer herabgesetzt wird.

Bei der Begründung des Antrages be-
 merkt der
 Abg. Prinz zu Schönaich, daß die Nach-
 richt der „Kreuz-Ztg.“, es habe der Antrag bei
 einer bestimmten Partei keine Unterstützung ge-
 funden, vollständig aus der Luft gegriffen sei;
 eine solche Unterstützung sei bei keiner Fraktion
 nachgefragt; es sei bekannt, daß die zweijährige
 Dienstzeit schon seit Jahren in weiten Kreisen,
 vielfach auch in den Kreisen der Deutschkonser-
 vativen Freunde habe. Der Antrag ist eine Ga-
 rantie für die Erhaltung der zweijährigen Dienst-
 zeit, denn wenn diese einmal angenommen ist,
 wird es schwer sein, sie wieder zu beseitigen.

Selbst die deutschkonservative Partei, wenn sie zur
 Regierung käme, würde die zweijährige Dienstzeit
 nicht ohne weiteres zu beseitigen versuchen, son-
 dern sie würde dem Votum folgen, man solle zu-
 rückkehren zu den Institutionen, die unser Vater-
 land groß gemacht haben, und darauf neue
 Wahlen veranlassen. Ich hoffe, daß auch
 von denjenigen, die gegen die Vorlage
 gestimmt haben, mehrere für meinen Antrag stim-
 men werden, weil ihnen mit meinem Antrage
 die Vorlage doch noch sympathischer ist, als ohne
 diesen Antrag.

Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.): Wenn
 die Deutschkonserwativen für die Vorlage mit
 198 Stimmen gestimmt, so bringen sie damit ein
 größeres Opfer als die Herren von der liberalen Seite. (Sehr
 richtig!) Ich würde für den Antrag Carolath-
 Röfke stimmen, habe aber noch einige Bedenken,
 welche die Formation der neuen Heeresorganisation be-
 treffen und die neuen Formationen erheblich
 erschweren könnten und kann ich deshalb die Herren
 nur bitten, ihren Antrag im Interesse des Zu-
 standekommens der Vorlage zurückzugeben.

Reichskanzler Graf Caprivi: Ich halte
 den Antrag Carolath-Röfke für unmöglich, aber
 auch für unschädlich. Ich glaube, die Herren
 könnten sich an der Vorlage genügen lassen, der
 Reichstag läßt ein gewisses Mißtrauen gegen die
 verbündeten Regierungen erkennen. Man fürchtet,
 daß die Regierung sich noch immer eine Hinter-
 thür für die dreijährige Dienstzeit offen lasse.
 Dies Mißtrauen ist nicht begründet. Ich kann
 namens der verbündeten Regierungen nur erklä-
 ren, daß wenn nicht etwa die Durchführung der
 zweijährigen Dienstzeit auf unüberwindliche Schwierig-
 keiten stößt, auf keiner Stelle die Absicht be-
 steht, nach Ablauf des fünfjährigen Zeitraums
 auf die dreijährige Dienstzeit zurückzukommen.

Abg. Dr. Bachem (Zentr.): Der Antrag er-
 scheint uns als eine Verschlechterung der Vorlage;
 er würde der Regierung das Recht geben, sofort
 auf die dreijährige Dienstzeit zurückzukommen, so-
 bald sie nur die Friedenspräsenz auf ein geringes
 erniedrigt.
 Abg. v. Bennigsen (natl.): Der Antrag
 ist immerhin eine Sicherung der zweijährigen
 Dienstzeit. Die Bedenken Bachems sind nicht
 begründet. Die Präsenz und die Formation be-
 darf der Genehmigung durch den Reichstag
 und die Regierung kann keine von beiden eigen-
 mächtig ändern.

Abg. Frhr. v. Sittling (Reichsp.): Ich
 werde für meine Person für den Antrag
 Carolath-Röfke stimmen. Die Frage der Dienst-
 zeit ist kein politisches Prinzip, sondern eine Frage
 der Zweckmäßigkeit für die Ausbildung unserer
 Armee, für welche militärische und nicht politische
 Gründe entscheidend sein müssen.

Abg. Dr. Barth (fr. Vereinig.): Nur
 durch die Annahme des Antrages können wir die
 Unsicherheit beseitigen, welche durch neue Vor-
 lage für die Dauer der Dienstzeit geschaffen wird.
 Es ist nicht unwahrscheinlich, daß nach Ablauf des
 fünfjährigen Zeitraums die dreijährige Dienstzeit
 wieder ausbreiten, die schon heute der Vorlage nicht
 ganz sympathisch gegenüberstehen. Der Antrag
 beseitigt auch den möglichen Uebelstand, der ent-
 stehen müßte, wenn nach Ablauf der 5 Jahre eine
 Einigung über die Dienstzeit nicht möglich sein
 sollte. Wo man ohne Schaden für das öffent-
 liche Wohl durch eine gesetzliche Bestimmung
 Sicherheit in einer zweifelhaften Angelegenheit
 schaffen kann, da soll man es doch nicht unter-
 lassen.

Abg. Frhr. v. Mantuffel (konf.): Meine
 Freunde werden gegen den Antrag Caro-
 lat-Röfke stimmen. Wir haben für die Auf-
 rechterhaltung der dreijährigen Dienstzeit schon
 früher so oft Opfer gebracht, daß wir uns so
 leicht von dieser Einrichtung für alle Zeit nicht
 lossagen können.

Abg. Richter (fr.): Der Antrag wird
 weit über seine Bedeutung hinaus aufgebauscht.
 Ob die Vorlage in 3. Lesung angenommen wird,
 das wird mehr von dem Gesundheitszustand als
 von dem Antrage Carolath-Röfke abhängen. Es ist
 ein zweifelhaftes Verfahren, eine dauernde Ein-
 richtung mit einer periodischen Vorrichtung zu
 verwechseln, auch ist es leicht möglich, daß die Re-
 gierung die Präsenz herabsetzt, ohne daß der
 Reichstag etwas dagegen haben kann. Der Reichs-
 tag kann der Regierung keine höhere Präsenz-
 ziffer aufzwingen, und es kann wohl vorkommen,
 daß die Regierung erklärt, mit einer geringeren
 Präsenz ziffer ankommen zu können.

Hierauf schließt die Debatte.
 Abg. Köfke (natl.): Wir würden den
 Antrag zurückziehen nach den Erklärungen, die der
 Herr Reichskanzler abgegeben und die uns be-
 friedigen, wir wissen aber, daß der Antrag sofort
 von anderer Seite aufgenommen werden würde.

Abg. Dr. Barth beantragt namentliche
 Abstimmung über den Antrag Carolath-Röfke.
 Die Abg. v. Kardorff (Reichsp.) und
 Richter (fr. V.) beantragen Vertagung, die das
 Haus beschließt.

Ferner beschließt das Haus, eine zweite
 Sitzung nach 15 Minuten abzuhalten, um den
 Nachtragsetat (über die Mittel zur Militärvor-
 lage) in erster Lesung zu beschließen.
 Schluß 5 Uhr.

Präsident v. Lepow eröffnet die zweite
 Sitzung um 5 1/2 Uhr.
 Das Haus tritt in die erste Lesung des
 Nachtrags-Etats (über die Mittel zur Militärvor-
 lage) ein und verweist dieselbe, dem Antrage
 des Abg. v. Kardorff gemäß, debattelos an die
 Budget-Kommission zur Vorberatung.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.
 Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr.

Tagesordnung: Antrag auf Aussetzung eines
 Strafverfahrens gegen den Abg. A. H. W.,
 Fortsetzung der 2. Beratung der Militärvorlage,
 Interpellation Debel (betreffend den Straßburger
 Polizeipräsidenten) und 2. Lesung des Nachtrags-
 Etats.

Schluß 5 Uhr 20 Minuten.

Deutschland.

E. Berlin, 13. Juli. Der Reichstag hat
 die auf seine patriotische Einsicht und Bereit-
 willigkeit gestellten Erwartungen erfüllt, indem er
 in seiner heutigen Sitzung § 1 der Militärvorlage
 in zweiter Lesung annahm und damit seinen
 prinzipiellen Standpunkt zu der Frage der Heeres-
 veränderung endgültig festgelegt hat. Die Militär-
 vorlage ist nach der heutigen Abstimmung als
 gesichert zu betrachten. Zwar beträgt die Mehr-
 heit zu Gunsten der Regierung nur 187 Stimmen,
 aber sie genügt ihren Zwecken und den Wünschen
 der Nation, und darauf allein kommt es an.
 Es ist ja im Uebrigen auch eine alte Erfahrungssache,
 daß es nicht gerade die schlechtesten
 Gesetze sind, welche mit relativ geringen Mehr-
 heiten zur Annahme gelangen. Der jetzige
 Reichstag war ausserordentlich unter dem Zeichen
 der Militärvorlage gewählt worden, die überwie-
 gende Mehrheit der einsichtigeren Elemente un-
 seres Volkes hat während der Wahlperiode an
 ihrem ersten Willen, dem Vaterlande alles zu
 seiner militärischen Sicherung Nothwendige zu
 gewähren, keinen Zweifel gelassen; indem nun
 das heutige, mit 11 Stimmen Mehrheit erzielte
 Votum die logische Schlussfolgerung des Wahl-
 ergebnisses ist, dokumentirt sie neben ihrer
 eigenen patriotischen Einsicht auch, daß sie sich
 ihrer Pflicht, mit dem Willen und Empfinden der
 Nation enges Verhältniß zu halten, wohl bewußt ist.
 Die Thatsache, daß sich im Reichstage eine Mehr-
 heit zu Gunsten der Militärvorlage ausgesprochen
 hat, eröffnet im Uebrigen aber auch den Ausblick
 auf ein weiteres positives Werk Hand in Hand
 mit der Regierung und ihrer Politik. Mit dieser
 Thatsache wird man rechnen müssen im Inlande
 sowohl als im Auslande. Was das Inland be-
 trifft, so wird der Deutscher, den die Richter-
 oppositionen des Reichstages nicht abhalten
 werden, um so intensiver nachzufragen, je
 länger und offenkundiger sich die absolute Un-
 brauchbarkeit der Grundzüge des jetzigen frei-
 sinnigen Volkspartei erweist, und was die Oppo-
 sition des Zentrumsführers Lieber anlangt,
 so werden sich die Urtheile darüber, daß in immer
 weiteren Kreisen der katholischen Bevölkerung sich
 die Erkenntnis Bahn bricht, in welchen Sumpf
 das Zentrum durch die demokratischen Tendenzen
 des Dr. Lieber gerathen ist. Das Ausland aber,
 welches durch seine Beziehungen zur Sozialdemo-
 kratie einen Hauptimpuls in dem Spiele des
 deutschen Parlamentarismus erlangt zu haben
 möchte, mag jetzt nur seine diesbezüglichen Hoff-
 nungen auf ein Minimum reduzieren. So hat
 nach aller Richtung hin das heutige Votum des
 Reichstages klärend und befreiend gewirkt.

11. Von dem neun in der Zeit vom 1. Oktober
 1892 bis 1. April 1893 auf Grund des Gesetzes
 vom 28. Juni 1892 genehmigten Kleinbahnen
 haben vier Normalspurweite, darunter drei
 Dampfbahnen und eine Pferdebahn. Eine Bahn
 hat 900 Meter, drei 600 Meter, eine gar
 500 Meter Spurweite. Die drei Bahnen mit
 600 Meter Spurweite sind sämtlich Unter-
 nehmungen des Kulturtechnischen Büreaus von
 Schraden, jetzt Mecklenburg-Pommersche Schmal-
 spurgesellschaft. Die Bahn von 900 Meter
 dient nur vorübergehenden Zwecken, dem
 Transport von Banarbeitern, und ist nur
 auf die Dauer von drei Jahren berechnet; die
 Bahn von 500 Meter Spurweite ist eine
 Pferdebahn von nur 1 Kilometer Länge.
 Wie die Frage der Spurweite sich bezüglich
 derjenigen 53 Kleinbahnen gestaltet, deren Ge-
 nehmigung am 1. April d. Js. anhängig war, ist
 noch nicht vollständig zu übersehen, weil bereits
 einer größeren Zahl derselben sichere Angaben
 hierüber noch nicht vorliegen.

11. Bahnen sind normalspurig, 8 mit 1
 Meter Spurweite, 2 Bahnen mit 0,750 Meter
 Spurweite und 3 mit 0,785 Meter Spurweite
 geplant. Die Wahl der letzteren anormalen Spur-
 weite erklärt sich daraus, daß es sich um Bahnen im
 oberbayerischen Bergrevier handelt, welches bereits
 ein ausgebeugtes Schmalspurbahnnetz mit 0,785
 Meter Spurweite besitzt.

△ Berlin, 13. Juli. Die wirtschaftliche
 Vereinigung des Reichstages trat Vermittlungs-
 beauftragung zusammen. Etwa hundert Abge-
 ordnete waren anwesend. Das zehn Paragraphen
 enthaltende Statut wurde genehmigt. § 1
 lautet: „Zum Zweck der wirksamen Vertretung
 der Interessen der produktiven Gewerbe (Land-
 wirtschaft, Industrie und Handwerk) wird eine
 wirtschaftliche Vereinigung von Mitgliedern des
 Reichstages gebildet.“ § 2. „Die Vereinigung
 hat insbesondere die Aufgabe 1. die im Reichs-
 tage eingebrachten Gesetzentwürfe und Anträge
 Interpellationen vorzubereiten, welche die In-
 teressen dieser Gewerbe betreffen; 2. Anträge vor-
 zubereiten und im Reichstage einzubringen, welche
 diese Interessen zu fördern geeignet erscheinen.“

Die Annahme des Abg. J. J. J. in die
 Zentrumsfraktion des Reichstages ist heute erfolgt,
 nachdem der Vorstand sich geeinigt für die Auf-
 nahme entschieden hatte.

Kiel, 13. Juli. Se. Majestät der Kaiser
 trifft am 19. d. Mts. hier ein und tritt seine
 Reise an.

Breslau, 13. Juli. Das königliche Eisen-
 bahnbetriebsamt macht bekannt: Heute rüh 1 1/2
 Uhr fuhr in Richtung in Folge vorzeitigen Gebens
 des Einschiffungsdienstes der Güterzug 2034 auf den
 Schluß des Güterzuges 2086. Ein Bremser
 leicht verletzt, Vorspann-Maschine des Zuges
 2034, Pufferwagen des Zuges 2086 und 15 Güter-
 wagen entgleist, 7 Güterwagen stark beschädigt,
 Hauptgleise frei, Verkehr nicht gestört.

ebis, 13. Juli. In der Strafsache gegen
 den Kaufmann Karl Paasch wegen Verleitung
 des Justizministers von Schelling stand heute vor
 dem Reichsgericht Termin zur Verhandlung der
 von Paasch gegen das Urtheil der Strafkammer
 8 des Landgerichts I in Berlin vom 18. Mai
 d. J. eingelegten Revision. Paasch war damals
 zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurtheilt worden.
 Das Reichsgericht setzte die Verhandlung aus, bis
 das Resultat über die Beobachtung des Geistes-
 zustandes des Paasch vorliege. Später ertheilt
 Paasch und erklärte, zum Termin beurlaubt zu
 sein, konnte aber eine Beilegung über seine
 Haftentlassung nicht vorlegen.

Österreich-Ungarn.

Wien, 13. Juli. Die österreichisch-ungarische
 Regierung hat in Petersburg die Anregung zum
 Abschluß eines österreichisch-russischen Weisheits-
 stimmungsbüros gegeben. Man glaubt, daß die
 Verhandlungen hierüber alsbald beginnen werden.

Wien, 13. Juli. Der Verwaltungsgerichts-
 hof hat die Beschwerde des Prager Stadtverord-
 netenkollegiums gegen die Entscheidung der Stadt-
 haltere, nach welcher die Einführung der böhmischen
 Sprache als Amts- und Geschäftssprache des
 Magistrats nicht zugelassen sei, abgewiesen.

Schweiz.

Ueber die Wirkungen des Zollkrieges zwischen
 der Schweiz und Frankreich hat der Chef der
 schweizerischen Handelsstatistik, Dr. Gering, im
 ersten Hefte der „Schweizer Blätter für Wirt-
 schaft und Sozialpolitik“ einen Aufsatz veröffent-
 licht, dem wir Folgendes entnehmen:

Der Verfasser betont, die Schweiz könne
 mit Frankreich leichter einen Zollkrieg führen, als
 Italien, da die Schweiz geordnete Zahlungs-
 verhältnisse und einer immer wirksamer den Me-
 tallschmelz sichernden und mehrenden Kontrolle der
 Umlaufmittel sich erfreue. Frankreich habe ein
 hervorragendes Interesse, bald mit der Schweiz
 sich zu verständigen. Je länger Frankreich zögere,
 um so sicherer und unüberwindlicher werde es
 allenthalben die von ihm leer gelassenen Plätze be-
 zogen finden, bei den Industrieprodukten haupt-
 sächlich durch Deutschland, beim Zucker durch
 Oesterreich, beim Wein durch das billige Angebot
 aus Italien und Spanien. In der Schweiz ist
 der früher so starke Konsum französischer Waare
 geradezu eingestellt worden. Der Absatz franzö-
 sischer Zuckers nach der Schweiz beträgt kaum
 noch 1 Prozent des früheren Exportes. Der
 französische Weinexport nach der Schweiz sank um
 90 Prozent. Kleinliche Abnahme weissen Wolle-
 und Baumwollwaaren (—80 Prozent), Konfektion
 (—72 Prozent) und Seidenwaaren (—57 1/2 Pro-
 zent), ferner Uhren (—86 Prozent), Metall-
 waaren (—64 1/2 Prozent) und Maschinen (—63
 Prozent), Leder (—69 Prozent) und Lederwaaren
 (—65 Prozent) auf. Was die Gestaltung des
 schweizerischen Exportes nach Frankreich anbe-
 trifft, so ergibt sich ein Rückgang von 40 Pro-
 zent. Am stärksten gelitten haben die Baum-
 wollindustrie (—75—90 Prozent) und der Export
 von Holz (—86 Prozent). Dann folgen die
 Stickerei in der Hauptnummer mit einem Rück-
 gang von 72 Prozent, die Seidenindustrie
 (—65 Prozent), die Wirterei (Konfektion —60
 Prozent) und die Uhrenindustrie (—56 Pro-
 zent); gar nicht oder nur unbedeutend haben die
 Milchprodukte, feiner Vieh, Zellulose, Zierfar-
 ben, Maschinen, Strohwaren, Schappe und
 Halbseidenband unter dem Wechsel der Tarife
 gelitten.

Belgien.

O Brüssel, 12. Juli. (Die Geschichte der
 Verfassungsrevision.) [Schluß.] Wenige Tage
 nach dem kläglichen Scheitern des ersten Ge-
 setzprojektes betreffend der Stimmrechtsveränderung
 wurde ein neuer Antrag eingebracht. Derselbe
 war in einer Geheimung zwischen Führern der
 Rechten und einem Chef der radikalen Partei zu
 Stande gekommen. Der Antrag enthielt das
 allgemeine Stimmrecht der belgischen Bürger von
 25 Jahren und darüber, und zwar fortgesetzt durch
 die Pluralität der Stimmen, welche für einen
 Wähler bis auf 3 steigen konnten; das Plural-
 system wurde in dem genannten Projekt durch
 die Nothwendigkeit begründet, daß der Einfluß
 der großen Zahl von Ungebildeten auf die Wähler
 durch die bevorzugte Stellung im Wahlrecht der
 jenigen Personen, deren soziale Stellung und deren
 Bildungsgrad eine intellektuelle Überlegenheit über
 die große Masse der Wähler als sicher erscheinen
 ließen, neutralisiert werden müsse. Es kam mit
 Recht verwunderlich erscheinen, daß an der Re-
 daktion eines solchen Antrages ein Führer der Ra-
 dikalen mitgewirkt habe.

Der Ministerpräsident übte einen starken
 Druck auf die Majorität des Parlamentes aus,
 um dieselbe zur Annahme des Projektes zu bestim-
 men. Man erwartete von der Annahme des Pro-
 jektes eine Verhinderung der Annäherung und die
 Verhinderung weiterer öffentlicher Unruhen.

Wie sehr sich die Regierung in dieser Er-
 wartung getäuscht hatte, sollte sich nur zu bald
 zeigen. Der radikale Führer, welcher mit einigen
 Liberalen die Kampagne für das Projekt einge-
 leitet hatte, wurde von dem größten Theil seiner
 Parteifreunde und von den Sozialisten energisch
 desavouirt. Was die Rechte anlangt, so fürchtete
 dieselbe heute, nachdem sie einige Zeit menschlichen
 geschwankt, die Konsequenzen des von ihr ange-
 nommenen neuen Wahlsystems und sucht in der
 Konstitution des Senats ein Gegenmittel. Diese
 Thatsache hat ein Führer der Majorität in der
 Kammerführung vom 3. Juni konstatirt, ohne daß
 irgend ein Widerspruch geplant geworden wäre.

Dieselbe zeigte, daß die Radikalen, nachdem sie
 selbst bei der Annahme des Gesetzes mitgewirkt
 hatten, die Erklärung abgaben, ihr politisches
 Programm (d. h. das keine allgemeine
 Stimmrecht ohne irgend welche Einschränkung)
 aufrecht erhalten und zur Plattform bei den letzten
 Wahlen machen zu wollen. Der Redner erinnerte
 hierauf daran, daß die Rechte in der Kammer das
 Pluralstimmrecht gegen ihre Ueberzeugung angenommen
 und daß die Rechte des Senats sich gegenüber
 demselben einfach resignirt hätte.

Aus diesen Gründen hat der Minister-
 präsident erklärt, die Regierung brauche einen
 „konservativen Senat“. Aber bis jetzt hat er sich
 über die Art, wie der Senat konstituiert werden
 soll, noch nicht ausgesprochen. Tren der Tod
 soll, noch nicht ausgesprochen. Tren der Tod
 und Prokur, welche er in die ganze Verfassungs-
 revision eingeführt, wartet der Ministerpräsident

Sonnabend, 15. Juli 98:
Das Gefängniß.
 7 Uhr. 7 Uhr.
 Hierauf:
Die Zillertaler.
 Wohlthätigkeitsvorstellung zum Besten
 der Hilfsbedürftigen in Schneidemühl.
5—12 Uhr Extra-Concert
 (mit verstärkter Orchesterf.).
Brillant-Illumination i. Garten.
Italienische Nacht.
 Entree 30 Pf. Theaterbesucher zahlen kein
 Concert-Entree.